

### **3.3 Die Steigerung: Dachverbände**

#### **3.3.1 Deutscher Naturschutzring (DNR)<sup>1</sup>**

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) ist zum einen eine schwerfällige, fast gänzlich handlungsunfähige Organisation. Dieses wird durch die innerverbandliche Hierarchie und Bürokratie sowie durch das Verhalten von BUND, Naturschutzbund und dem im Jahr 2000 ausgetretenen WWF verschlimmert, die vor allem ihre Verbandsinteressen in den Vordergrund stellen.

Zudem aber hat der DNR eine gefährliche Staatsnähe. Parteimitglieder oder andere, mit dem Staat oder, seltener, der Wirtschaft verbundene Personen dominieren den Vorstand. Wenn der DNR einmal aktiv wird, orientiert er sich an Aktionen, die eher pompös wirken und statt der Naturschutzbasis große Firmen und bekannte PolitikerInnen ansprechen. In Sinne eines aktiven und unabhängigen Natur- und Umweltschutzes wirkt der DNR nicht.

#### **A. Kurze Geschichte**

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) wurde 1950 gegründet, angestossen vor allem von der Bundesanstalt für Naturschutz, also einer Behörde. Erst im Laufe der Zeit entstand der Dachverband der deutschen Naturschutzverbände, wie er sich auch heute darstellt. Von 1968 bis 2000 regierte Prof. Wolfgang Engelhardt den Verband, rund um sich versammelte er im Vorstand vor allem Spitzenfunktionäre der großen Umweltverbände (BUND, Naturschutzbund usw.) sowie einiger weiterer Verbände. Nachfolger von Engelhardt wurde der vorherige BUND-Vorsitzende Hubert Weinzierl.

Was der DNR eigentlich soll, war zwischen den führenden Umweltverbänden immer wieder strittig. Anerkannt war und ist der Wert als Plattform für Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsverbänden einschl. der Streuung von Informationen aus dem staatlichen Naturschutz. Dieser Funktion kommt der DNR nach besten Kräften nach, aber seine Hände sind teilweise gebunden. Vor allem die großen Umweltverbände sehen den DNR als Konkurrenz und degradieren ihn zu einem Verwalter niederrangiger Aufgaben. Zudem versteht er sich nur als Dachverband für seine Mitglieder, zu den unabhängigen Teilen der Umweltbewegung hält der DNR kaum Kontakt.<sup>2</sup> Das zweite Ziel, die politische Lobbyarbeit, litt immer unter vielen Schwierigkeiten und brachte wenig Erfolge. Das hatte zwei Gründe. Zum einen, wie schon erwähnt, haben einige Umweltverbände kein Interesse an einem „starken“ DNR. Zum zweiten ist der DNR alles andere als eine unabhängige Einrichtung. Er erhält regelmäßige Förderungen durch das Bundesumweltministerium (vorher Landwirtschaftsministerium), seine Spitzenfunktionäre sind überwiegend Parteimitglieder und unter den Mitgliedsgruppen gibt es viele, die den Naturschutz gar nicht als wesentliches Ziel verfolgen. Der DNR hat 98 Mitgliedsgruppen (Stand: Anfang 2002) mit zusammen ca. 3 Mio. Mitgliedern.

#### **B. Wer ist im DNR?**

Der Deutsche Naturschutzring ist ein Dachverband, kein Netzwerk. Das schafft enorme Probleme. Projektgruppen oder Arbeitskreise, sollten sie überhaupt gebildet werden, müssen sich die Rückendeckung des Vorstandes oder der Mitgliederversammlung einholen. Bürokratie und Hierarchie verhindern effektive Arbeit.

Unter den Mitgliedern gibt es zwei prägende Gruppen. Etliche Verbände stellen überhaupt keine Naturschutzverbände dar, sondern sind überwiegend Interessenvertretungen der NaturnutzerInnen, z.B. WandererInnen, KanutInnen, ReiterInnen, FotografInnen und Sport-

taucherInnen. Diese Gruppe steht politischen Aktivitäten desinteressiert bis ablehnend gegenüber. VertreterInnen der Nutzer-Verbände saßen zwar meist im Vorstand, gegenüber früheren Jahren ist der Einfluß aber zurückgegangen. Große Verbände wie der Deutsche Jagdverband mußten nach Protesten und Austritten anderer Gruppen (Bund gegen den Mißbrauch der Tiere, BUND) 1987 den DNR verlassen. Geblieben sind aber andere Interessenverbände der Naturnutzung wie Reiten oder Kanufahren.<sup>3</sup> In den 80er Jahren noch war es normal, daß DNR-Vorständler aus den Naturnutzervereinen öffentlich z.B. für den Bau von Autobahnen eintraten (wie der ehemalige CDU-Staatssekretär in Rheinland-Pfalz, Konrad Schubach, der während seiner Zeit im DNR-Präsidium den Weiterbau der A1 und der A60 forderte).<sup>4</sup>

Die zweite und wichtigste Gruppe sind die großen Naturschutzverbände: BUND, NABU, bis 2000 auch der WWF sowie die Grüne Liga. Sie sind seit Jahren prägend und immer mit je einer Person im Präsidium des DNR vertreten. Zudem haben die Naturfreunde über ihren Vorsitzenden Michael Müller (SPD-MdB) seit Jahren Einfluß aus das Präsidium, gleiches gilt für einzelne weitere Umweltverbände, z.B. die Deutsche Umwelthilfe, die seit Jahren den Schatzmeister stellt (z.Zt. Jürgen Resch). Diese Verbände erzeugen die Schwäche des DNR, weil sie sich meist selbst profilieren wollen. Gerade BUND, Naturschutzbund und WWF haben sich immer durch fehlende Kooperationsbereitschaft ausgezeichnet und einige Zeit als „Verbändeforum im DNR“ eine eigene Arbeitsstruktur gebildet. Erst wenige Jahre aktiv im Bund der großen Verbände ist die Grüne Liga, die seit Mitte der 90er Jahre versuchte, sich in der Runde der großen Umweltverbände zu etablieren. Dafür sorgten der dienstälteste Grüne-Liga-Spitzenfunktionär Klaus Schlüter, der auch im DNR-Präsidium saß, sowie sein Nachfolger dort, der aalglatte Karrierefunktionär Leif Miller, der im DNR die Anbiederung an den Staat und maximale Ausschöpfung staatlicher Geldquellen befürwortet. Es arbeitete besonders gern mit NABU-Präsident Jochen Flasbarth zusammenarbeitet – der zweiten jüngeren Spitzenperson im bundesdeutschen Naturschutz – ein Pakt der Newcomer im DNR (mündliche Mitteilungen, gemeinsame Pressemitteilungen).<sup>5</sup>

Die Gründung des BUND bundesweit war eine Antwort auf den schwachen DNR. Heute, wo der BUND den DNR ändern könnte, will er es nicht mehr, sondern sucht wie andere Verbände auch einzelne, direkte Kooperationen, bei denen der eigene Verbandsname genannt wird. Die großen Verbände koordinieren viele gemeinsame Naturschutzaktivitäten (Öffentlichkeitsarbeit, politische Aktionen usw.) unter sich, während der DNR oder auch andere Umweltverbände unbeachtet bleiben.<sup>6</sup> Ziel dieser Kungelei ist nicht die maximale Stärke des Naturschutzes, sondern das optimale Ergebnis für den eigenen Verband.

Neben den genannten finden sich etliche Umweltverbände wie Robin Wood oder der BBU, deren Bedeutung im DNR eher gering ist bzw. die oft auch nur passive Mitglieder sind. Kritische Stimmen kamen selten und nur aus kleineren Gruppen. Das war lange Zeit auch der BBU, der z.B. die Expo-freundliche Position des DNR-Präsidiums Ende der 90er Jahre angriff. 1997 verstärkte sich die Kritik durch die Wahl von Jörg Bergstedt in den BBU-Vorstand, doch nur für kurze Zeit. Während Kritiker Jörg Bergstedt auch wegen den Pro-DNR-Kurses der BBU-Mehrheit zurücktrat (siehe Kap. 3.4.1), freute sich der seit Jahren dominierende BBU-Funktionär Wolfgang Guhle und der sonstige staatsnahe BBU-Vorstand über die Umarmung seitens des DNR und der großen Umweltverbände. Seither ist er immer wieder zusammen mit anderen Verbandsvorsitzenden in der Öffentlichkeit zu sehen, während der BBU mit Basisbewegungen kaum noch Kontakt hat. Der DNR versuchte so, den BBU stärker einzubinden, auch mit der Unterstützung bei Finanzanträgen. Das wirkte und har-

monisierte die Binnenverhältnisse im DNR – ein Musterbeispiel moderner Herrschaftsstrategie. Mitte der 80er Jahre trat der Deutsche Jugendbund für Naturbeobachtung (DJN) aus Protest gegen die Politik des DNR aus.<sup>7</sup>

Wo der Deutsche Naturschutzring politisch steht, läßt sich exemplarisch an zwei Jubiläumsterminen zeigen:

- 4.11.1997: Der Präsident des Deutschen Naturschutzringes, Prof.Dr. Wolfgang Engelhardt feierte seinen 75-jährigen Geburtstag. Das war eine öffentliche Veranstaltung wert. Alle wichtigen FreundInnen des obersten Umweltschützers dieser Republik kamen und hielten Reden. Anfang und Ende, d.h. die Hauptteile der RednerInnenliste, bildeten Umweltministerin Angela Merkel und Bundeskanzler Helmut Kohl. Nicht auf der RednerInnenliste und auch gar nicht geladen: UmweltschützerInnen der Basis, Menschen, die sich vor Atomzüge setzen oder Baukräne an Autobahnstellen besetzen, um gegen die Politik von Kohl/Merkel und anderen zu protestieren. Pikant: Genau zur gleichen Zeit (!) wurde ein Castor vom AKW Krümmel durch Land geprügelt. Etliche AtomkraftgegnerInnen verbrachten die Zeit im Polizeigewahrsam, während in einem teuren Etablissement in Bonn die Mächtigen der Bundesregierung und der Umweltverbände der Öffentlichkeit ihre Verbundenheit miteinander präsentierten, darunter neben den DNR-Offiziellen auch die Chefs der großen Umweltverbände wie BUND und Grüne Liga.<sup>8</sup>

**Im Original: Auszüge aus der Rede von Bundeskanzler Kohl am 4.11. gegen 17 Uhr<sup>9</sup>**

... Wir haben uns hier zusammengefunden, um einer außergewöhnlichen Persönlichkeit unseres Landes unseren Dank und unsere Anerkennung auszusprechen. ... Die große Zahl derer, die heute von nah und fern zu Ihren Ehren gekommen sind, zeigt die hohe Wertschätzung, die Sie überall genießen – in der Wissenschaft, in der Politik und Gesellschaft. ... Als treibende Kraft in den Umweltverbänden haben Sie ganz wesentlich zum sachlichen Dialog in Fragen des Umweltschutzes beigetragen. Ich erinnere mich an viele fruchtbare Gespräche mit Ihnen.... Sie standen immer mit beiden Beinen auf dem Boden, lieber Professor Engelhardt. ... Sie tun dies mit Überzeugungskraft und Augenmaß. Sie verlieren dabei nie den Sinn für das Machbare. ...

Meine Damen und Herren, unser Engagement für den Klimaschutz und die internationale Umweltpolitik ist nur dann glaubwürdig, wenn wir uns im Geiste von Rio um eine umweltverträgliche Entwicklung bemühen. ... So müssen wir angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung sparsamer mit Energie und anderen natürlichen Ressourcen umgehen. Darüber hinaus ist es unsere Aufgabe, Mittel und Wege zu finden, daß wirtschaftliches Wachstum nicht mit einer Zunahme der Umweltbelastungen einhergeht. ... Die kommunistischen Herrscher in der früheren DDR hatten die Natur rücksichtslos ausgebeutet. Heute stehen in den neuen Bundesländern neue Kraftwerke mit modernster Reinigungstechnik. Die Beseitigung dieser Umweltschäden nach der Wiedervereinigung gehört zu den Erfolgsgeschichten der deutschen Einheit. Das wird in der Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet! ...

Unsere Anstrengungen in der Bundesrepublik können sich auch im internationalen Vergleich gut sehen lassen. ...

... viele Menschen, die sich für den Schutz der Natur einsetzen, tun sich mit der Notwendigkeit zum Kompromiß oft schwer. Die Politik muß aber mit Augenmaß und unter Abwägung aller Erfordernisse entscheiden. Lieber Herr Professor Engelhardt, seit 1968 sind sie Präsident des Naturschutzrings, des Dachverbandes der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände. Sie haben in diesem Jahrzehnt viel dafür getan, um Gegensätze zwischen Politik und Umweltverbänden abzubauen und Brücken zu schlagen. ... Ich möchte Ihnen noch einmal herzlich für Ihren beispielhaften Einsatz danken und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg, Kraft und Gottes Segen.

- 7.10.2000: Der DNR wird 50 Jahre alt. Das mußte gefeiert werden – in einem Rahmen, für den der Generalsekretär hinterher das Fazit zog: „Im Schulterschuß mit Partnern aus der Wirtschaft auf dem Weg zu einer tatsächlich nachhaltigen Entwicklung“<sup>10</sup>. Schon der Rahmen zeigte, daß der DNR sich als staatstragender Verband verstand: 1.500 TeilnehmerInnen im Münchener Prinzregententheater, Bundeskanzler Schröder

als Haupt- und Ministerpräsident Stoiber als Grußredner sowie ein Büffet auf Einladung der Bayerischen Staatsregierung. Das Ganze wurde gelenkt von einer Moderatorin des Bayerischen Fernsehens. Die Einladungskarte enthielt nur Übernachtungshinweise auf Hotels, bis 475 DM pro Einzelzimmer.

**Im Original: Auszüge aus der Rede von DNR-Präsident Wolfgang Engelhardt auf der Feier**

Die Initiative zur Gründung des Deutschen Naturschutzrings ist bezeichnenderweise von der staatlichen Naturschutzverwaltung ausgegangen. ... 1970 ... im gleichen Jahr hat der Freistaat Bayern das „Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen“ gegründet, das erste Umweltschutzministerium Europas, im wesentlichen nach dem vom DNR-Präsidenten<sup>11</sup> entwickelten Konzept. ... der DNR und seine Mitglieder werden auch in Zukunft das Grüne Gewissen der Nation bleiben. Sie sind zur konstruktiven Zusammenarbeit mit allen bereit, die sich ehrlich und tatkräftig für eine nachhaltige Umweltpolitik in Deutschland, in Europa und auf globaler Ebene einsetzen.

### **C. Der Vorstand: Kaum unabhängige Personen**

Die Vorstandsliste liest sich wie ein „Who ist who?“ des deutschen Naturschutzes. Hinter den bekannten Namen stecken Personen, die ihre Verbands- oder Parteiinteressen ebenso bedenken müssen oder Karriereabsichten verfolgen.

Bis Anfang der 90er Jahre war der DNR-Vorstand vor allem von partei- und staatsnahen Personen geprägt, z.B. der langjährige Vize-Präsident Reinhard Sander und Beisitzer Michael Müller (beide SPD), Präsident Engelhardt (CSU) oder Hauptamtliche aus Ämtern und Behörden. In den letzten Jahren sind die Posten stärker unter den prägenden Verbänden aufgeteilt worden. Parteimitglieder gibt es aber auch dort genug.

Die Drahtzieher des DNR sind (Stand: 2002):<sup>12</sup>

- Der Präsident bis 2000, Prof. Wolfgang Engelhardt, ist seit vielen Jahrzehnten in Spitzenpositionen des deutschen Naturschutzes. Neben seiner Führungsposition im DNR ist er stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt.<sup>13</sup> Insgesamt ist er auf der Bonner Regierungsebene mit vielen Personen direkt bekannt. Wolfgang Engelhardt ist Mitglied der CSU<sup>14</sup> und trat auch in rechten Kreisen in Erscheinung. Langjähriger, wissenschaftlicher Partner war der rechte Ökologieprofessor Konrad Buchwald. 1997 schrieb Engelhardt eine Artikelserie für das ehemalige NPD-Blatt „Mut“.

**Im Original: Auszüge aus dem Text „Das Wachstum der Weltbevölkerung“ von Wolfgang Engelhardt in der Zeitschrift „Mut“, Sept. 1997 (S. 6-16)**

... sollte man meinen, daß auch der Lösung des Weltproblems Nr. 1, des Wachstums der Weltbevölkerung, höchste Priorität zuerkannt und – was entscheidend ist – auch entsprechend gehandelt wird. Leider ist dem noch immer nicht so. ...

Sicher aber ist – und das ist sehr wichtig für die Beurteilung des Gesamtproblems, daß 96 Prozent des Bevölkerungswachstums während der nächsten Jahrzehnte in den Einwicklungs- und Schwellenländern stattfinden wird....

Eine kurze Überlegung beweist ..., daß die anderen ... globalen Umweltprobleme mehr oder weniger durch die rasche Bevölkerungszunahme verursacht sind.

- Der neue Präsident und vorherige Beisitzer Hubert Weinzierl war bereits als Vorsitzender des BUND-Bundesverbandes und des Landesverbandes Bayern bekannt. Kritisiert wurden auch bei ihm seine Kontakte in rechtskonservativen Kreise (siehe Kap. 3.2.1) und seine frühere Unterstützung für den rechtskonservativen Herbert Gruhl, z.B. als er diesen in den Gründungsjahren des BUND bei der Kampf abstimmte gegen Prof. Thielcke unterstützte – allerdings vergeblich, denn Thielcke wurde gewählt.<sup>15</sup> Nach

- mündlichen Aussagen verschiedener BUNDlerInnen ist Weinzierl Mitglied der SPD. Das würde auch zu seinem Umfeld im BUND passen, auch seine damalige StellvertreterIn und heutige BUND-Vorsitzende, Angelika Zahrnt, war SPD-Mitglied (inzwischen ausgetreten). Die vorherige stellv. Vorsitzende, Ulrike Mehl, wechselte direkt als SPD-Abgeordnete in den Bundestag. Zusammen mit Michael Müller wird Hubert Weinzierl als wertkonservativer, aber standfesterer Flügel im DNR-Präsidium angesehen, was vor allem zeigt, wie staats- und wirtschaftsnah der Rest ist. Hauptgegenspieler sind vor allem die karriereorientierten jüngeren Vorständler, NABU-Präsident Jochen Flasbarth und der inzwischen zum Nabu gewechselte ehemalige Grüne-Liga-Sprecher Leif Miller.<sup>16</sup>
- Der Vize-Präsident und vormalige Beisitzer, Leif Miller, kletterte über das DNR-Präsidium am auffälligsten auf der Karriereleiter. Der ehemalige Bundessprecher der Grünen Liga und Mitarbeiter bei der Liga in Berlin war lange Zeit im DNR nur eine Randscheinung – gewählt als Ost-Vertreter. Er selbst nahm die Position allerdings sehr wichtig und führte sie im eigenen Briefpapier ganz oben auf. Miller vertrat im DNR offensiv staatsnahe Positionen und galt in der Grünen Liga als Hauptverantwortlicher für den staatsnahen Etablierungskurs der zweiten Hälfte der 90er Jahre.<sup>17</sup> Unter anderem hat er das Papier „Aufbruch 21“ mitentwickelt und die Einladung von Umweltminister Trittin zum Gespräch vor dem Castortransport angenommen, obwohl der größte Teil der Umweltverbände und Anti-Atom-Gruppen dieses Treffen ablehnte. Miller hat in Berlin die Agenda-21-Arbeit mitentwickelt, ihm dienen seine Posten im DNR und z.B. inzwischen als Berlin-Geschäftsführer des Nabu als Sprungbrett für mehr.
  - Schatzmeister Jürgen Resch: Resch ist Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe und hatte diesen Posten lange Jahre auch bei der im gleichen Büro sitzenden Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur) inne, für die er nebenberuflich weiterarbeitet. Resch ist einer der wichtigsten Drahtzieher in den Spendengeschäften mit großen Konzernen. Die Deutsche Umwelthilfe und noch mehr Euronatur sind vor allem vom BUND sowie in zweiter Linie vom Naturschutzbund gegründet worden, um Gelder zu waschen, d.h. Spenden anzunehmen, die der Verband nicht direkt annehmen will, um sein Image nicht zu schädigen. Hauptgeldgeber waren Lufthansa und Daimler-Benz, die Kooperationspartner reichten bis zur Weltbank und der GTZ (offizielle Entwicklungshilfeeinrichtung der Bundesregierung). Resch gilt als einer der großen Geldstrategen, der überall Verbindungen aufbaut, um große Geldsummen dirigieren zu können. Resch saß für den DNR im Beirat der Expo<sup>18</sup> und vertrat die Position, daß es richtig sei, sich an der Expo zu beteiligen.<sup>www</sup>
  - Der Beisitzer, Jochen Flasbarth, ist Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU), der ihn für diesen Posten auch hauptamtlich bezahlt. Er gehört keiner Partei an, hat aber in den wenigen Jahren seiner Präsidentschaft im NABU gezeigt, daß er mit Politik und Wirtschaft umzugehen weiß – und zwar im Sinne einer Anbiederung, um Geld und kurzfristige Prestigeerfolge zu erringen. So wurde er 1996 von Gruppen der Grünen Liga angegriffen, als er zusammen mit der Otto-Stiftung in geheimen Kungelrunden eine Einigung über den Elbeausbau mit Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann erreichte und sich dafür öffentlich feierte.<sup>19</sup> Kooperationen ging Flasbarth mit der Commerzbank ein, in den NABU-Vorstand holte er weitere Industrielle (siehe Kap. 3.2.2). Wie wenig politischen Spürsinn Flasbarth hat, bewies er bei den Protesten gegen den dritten Castor-Transport ins Wendland. Während sich dort AtomkraftgegnerInnen für einen Ausstieg aus der Atomkraft einsetzten, ging Flasbarth unter großem Medienrummel mit Atomministerin Merkel in den Wald und malte Spechte auf Bäume, die

nicht gefällt werden sollten. Innerverbandlich ist Flasbarth ein Vertreter einer geschlossenen Verbandslinie und Befürworter von Verbandsausschlüssen gegen KritikerInnen seiner Linie.

Auf dem Deutschen Umwelttag 1992 quittierte Flasbarth die Kritik an der Dominanz der Industrie mit dem verbalen Niedermachen der KritikerInnen und bedauerte die Abwesenheit der Autokonzerne.<sup>www</sup>

- Als weitere Beisitzer sitzt Michael Müller im Vorstand. Er ist zudem Bundesvorsitzender der Naturfreunde. Müller gilt als Umwelt-Aushängeschild der SPD, vertritt aber aus Umweltschutzsicht eher schwache Positionen. So ist er Anhänger der Agenda 21 und der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“. Seine Person gewann im DNR Mitte der 90er Jahre im Zusammenhang mit der Debatte um Nachhaltigkeit und neue sozial-ökologische Bündnisse deutlich an Gewicht. Er wurde Koordinator der Arbeitsgruppe „Aufbruch 21“, die ein neues Strategiepapier des DNR entwickelte. Alles wurde unter Ausgrenzung der Basis und sehr schnell durchgeführt, damit das Projekt noch vor der Bundestagswahl abgeschlossen war – sehr deutlich gerade im Interesse von Müller.<sup>20</sup>
- Die weitere VorständlerInnen (meist nur wenige oder gar keine Frauen) sind eher farblos. Als Kandidat der jüngeren „Seilschaft“ um Flasbarth und Müller kandidierte Manfred Niekisch, der erste stellv. Vorsitzende, gegen Hubert Weinzierl zum Präsidenten. Niekisch war für kurze Zeit im NABU-Vorstand Hessen und engagiert sich z.B. in der internationalen Dachorganisation IUCN, die seit Jahrzehnten für einen staats- und wirtschaftsnahe internationalen Artenschutz eintritt (siehe Kap. 3.11.2). Ein Posten blieb immer dem Jugendvertreter vorbehalten. Dieser wird von den Jugendverbänden im DNR (BUNDjugend, Waldjugend, Naturfreundejugend, Wanderjugend, Jugend des DAV, Jugendherbergswerk und Naturschutzjugend) bestimmt.<sup>21</sup>

Mitglied im Vorstand des DNR, d.h. des Dachverbandes der deutschen organisierten UmweltschützerInnen zu werden, übt eine große Anziehungskraft auf. Selbst Personen, die von ihren inhaltlichen Positionen kaum als DNR-Sympathisanten bezeichnet werden können, gieren förmlich nach den Posten und sind schwer enttäuscht, wenn sie die Wahl verlieren.<sup>22</sup>

#### **D. DNR, Staat und finanzielle Abhängigkeit**

Der DNR steht als gesondert aufgeführter Posten im Haushalt der Bundesregierung. Dieser Zustand bedeutet eine noch weitgehendere Abhängigkeit als regelmäßige institutionelle Zuwendungen. Statt eigenständiger Finanzhoheit müssen alle Ausgaben als Jahresplanung und Haushaltsplanänderungen mit dem Bundesumweltministerium abgeklärt werden. Die hauptamtlichen Kräfte und die zentralen Abläufe im Verband sind somit vom Wohlwollen der Bundesregierung voll abhängig. Die Festlegung von Schwerpunkten usw. erfolgt nicht in der Mitgliederversammlung oder im Vorstand, sondern in Gesprächen mit dem Bundesumwelt- und -atom-ministerium.<sup>23</sup> Der DNR ist in seiner Struktur eher einer Behörde als einem unabhängigen Verband ähnlich. Dieses Problem der Abhängigkeit überträgt sich auf die Mitgliedsverbände, denn Informationsflüsse und die Besetzung von Gremiensitzen werden meist über den DNR für alle deutschen Umweltverbände entschieden. Wohlwollen im DNR und gegenüber der Regierung sichert den Zugang zu Posten. Wer im DNR kritisch agiert oder außerhalb des DNR steht, hat wenig oder keine Chancen.

Die finanzielle Abhängigkeit des DNR von Staatsgeldern begann sehr früh, zumal von Beginn an Staatsbedienstete den Verband dominierten. Im Jahr 1968 lag der Haushalt bei 100.000 DM, davon keine institutionellen Bundesmittel. 1969 wuchs der Haushalt auf 176.000 DM bei 20.000 DM fester Förderung. Das Europäische Naturschutzjahr 1970

ließ den Gesamthaushalt auf 718.000 DM hochschnellen bei 545.000 DM Zuschuß von der Bundesregierung. Ab 1971 mußten dann zunächst wieder kleinere Brötchen gebacken werden, bis sich später ein hoher Haushalt mit einem hohen Prozentanteil von Bundesmitteln stabilisierte. Der Haushaltsabschluß für 1996 wies Einnahmen von insgesamt 2,36 Mio. DM aus, von denen 1,4 Mio. DM aus dem Bundshaushalt oder anderen staatlichen Quellen stammten. Nur 3.000 DM waren selbst erwirtschaftet.<sup>24</sup>

Wieweit die Regierungsnähe geht, zeigte sich unter anderem 1992: Auffallend waren Belobigungen der deutschen Regierung und der mit vielen Abstrichen zustande gekommenen Ergebnisse (Agenda 21 usw.) seitens einiger deutscher Umweltverbände und des DNR rund um die Rio-Konferenz 1992, während die Medien und international agierende Organisationen den Umweltgipfel als Fehlschlag werteten. Im nationalen Komitee zur Vorbereitung der Umweltkonferenz wurde der Text der Bundesregierung von den Vertretern des BUND (Hubert Weinzierl), des Naturschutzbundes und des Deutschen Naturschutzringes unterstützt.

**Im Original: Auszug aus dem Grundsatzprogramm des DNR (S. 6+7)**

Die Hand des DNR und seiner Mitgliedsverbände zur umfassenden Zusammenarbeit bleibt ausgestreckt für alle Stellen des Staates, für die gesamte Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Kirchen und für alle der Umwelt wahrhaftig verpflichteten Organisationen. ...

Umweltschutz sollte nicht gegen, sondern mit den Bürgern durchgesetzt werden. Bürger sind wir alle. Darum sind Unternehmen ebenso wie Gewerkschaften, Bürger ebenso wie deren Umweltorganisationen aufgerufen, konstruktiv die Umweltsanierung mitzugestalten.

## **E. Themen und politische Positionen**

Der DNR ist der Dachverband der Natur- und Umweltschutzverbände. Aus deren politischer Anpassung und der Angst vor allem der großen Mitgliedsverbände, sich dann selbst nicht mehr ausreichend profilieren zu können, wird der DNR ausgebremst. Wo er aktiv wird, muß er auf die vielen Vorbehalte der großen Mitgliedsverbände Rücksicht nehmen, die auch im Vorstand vertreten sind. Positionspapiere, Kampagnen usw. sind als Folge nicht mehr an der Sache orientiert, sondern Kompromißformeln. Das wird von den Spitzenpersonen im DNR auch so gesehen. So argumentierte z.B. selbst der Grüne-Liga-Funktionär und DNR-Vorständler Leif Miller für eine Bevorzugung der Großkonzerne bei der vorgeschlagenen Steuerreform mit dem Hinweis, daß „man pragmatisch denken müsse“ und im DNR ein Kompromißpapier das maximal Erreichbare sei.<sup>25</sup> Damit wurde klar, daß UmweltschützerInnen bereits unter sich keine klaren umweltorientierten Positionen mehr aufstellen können. Eine schwache Verhandlungsstrategie mit Industrie und Politik ist dann unausweichlich.<sup>26</sup> Das wird jedoch in den großen Umweltverbänden und im DNR selbst gar nicht als Problem bewertet. Einen Anspruch an inhaltlich-politische Qualität gab es im DNR lange gar nicht, mit dem Papier „Aufbruch 21“ und verschiedenen Positionspapieren zu Wahlen und Regierungsprogrammen (Deutschland und EU) schuf sich der DNR dann zwar ein inhaltliches Profil, aber eines, das nur die ohnehin dominante Nachhaltigkeitsdebatte aufnahm und von der Regierungspolitik kaum abwich.

Nur selten startete der DNR Aktionen oder beteiligte sich an bestehenden. Beispielhaft für die wenigen Aktivitäten waren der Deutsche Umwelttag 1992, der wesentlich über den DNR inszeniert wurde, der „Ökologische Marshallplan“ sowie die Kampagnen für ökoneoliberale Projekte wie die Ökosteuer oder die Agenda 21. Beide ersteren haben eines gemeinsam: Eine inhaltliche Beliebigkeit mit der Vorliebe, klangvolle Industrie- und Politikernamen zu gewinnen. Klare Forderungen oder die Beteiligung vieler Basisgruppen waren den DNR-Funktionären dabei immer gleichgültig.

## Deutscher Umwelttag 1992 (DUT)

Während Basis-Umweltgruppen schon im Vorfeld z.B. vom DUT-Geschäftsführer Weinz und auf dem Umwelttag von NABU-Präsident und DUT-Vizechef Flasbarth beschimpft wurden und folglich kaum kamen, gab es eine fast unglaubliche Anbiederung an die Industrie sowie teilweise auch an die Politik.<sup>www</sup> Der DNR war der Kritik am DUT ebensowenig offen wie die Veranstalter selbst. Der DUT wurde im DNR initiiert, der DUT-Trägerkreis bestand vor allem aus den dominierenden Verbänden im DNR.<sup>27</sup>

## Ökologischer Marshallplan

Er entstand bereits im Vorfeld der Rio-Konferenz, blieb aber zunächst unbekannt und wurde 1995 wiederentdeckt, um bei der Umsetzung der Beschlüsse der Rio-Konferenz zu helfen. Initiator der ersten Phase war unter anderem Johannes Karl, CDU-Mitglied aus Niedersachsen, der in der Umweltbewegung bereits vorher mit Projekten auffiel, die vor allem nder Sponsorensuche dienten. Inhaltlich war der Marshallplan dünn. Er berief sich unkritisch auf das Buch „Wege zum Gleichgewicht“ von Al Gore und trug auch selbst ökoimperialistische Züge z.B. die Eindämmung der Bevölkerungsexplosion und Schutz des Tropenwaldes als Hauptziele, während kaum Forderungen für Europa oder Deutschland erhoben wurden.

### Im Original: Auszüge aus Werbung und Presstexten zum Ökologischem Marshallplan

Unter dem Motto „Kooperation mit der umweltbewußten Wirtschaft erwünscht“ lassen sich auch die Woolworth-Teams einordnen. Auf Anregung des Umweltbeauftragten Günter Wuttke bildeten sich in 57 der 200 Woolworth-Filialen bislang 66 Öko-Teams. ... (Politische Ökologie, Sept./Okt. '93, S. 36/37)

Der Ökologische Marshallplan ist die erste globale Umweltpartnerschaft zum Schutz der Erde. ... Sie wurde gegründet von Franz Alt, ... Joschka Fischer, Jo Leinen ... Wolfgang Rauls ... (Eigenwerbung).

Auf einen ... Erfolg hofften die Initiatoren des ökologischen Marshallplans – Joschka Fischer und Eva Quistorp von den GRÜNEN, Jo Leinen von der SPD, Wolfgang Rauls von der FDP, Lutz Wicke von der CDU

...

... der heimliche Kampagnenleiter Franz Alt. ... Konzerne wie AEG oder Gerling würden sich den Öko-Plan „zum Vorbild nehmen“. ... im Namen des Umwelt-Dachverbandes „Deutscher Naturschutzring“ ihre Unterschrift geleistet ... Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) kritisiert in erster Linie die „falsche Schwerpunktsetzung“ des globalen Forderungskatalogs. In der Bonner Schaltzentrale wird unter anderem beklagt, daß „der ökologische Umbau der Industriegesellschaft“ nicht im Programm stehe, „die Atomenergie nicht ausdrücklich abgelehnt werde“ und außerdem viele der Problemlösungen einseitig „auf die Entwicklungsländer“ abgewälzt würden.

Noch umfassender ist die Kritik aus dem Öko-Institut in Freiburg: Der ökologische Marshallplan sei „im wesentlichen ein alter Hut“, außerdem habe bereits der Titel einen „imperialen Beigeschmack“ ... (Politische Ökologie Mai/Juni '94, S. 22)

Was will der „Ökologische Marshallplan“ konkret? ... Ursachenerforschung der Tropenwaldzerstörung (Massenarmut, Bevölkerungsexplosion, ...) ... Entwicklung von Bevölkerungsstabilisierungsplänen in den Dritte-Welt-Staaten ... (Politische Ökologie Nov./Dez. '93, S. 8/9)

Finanzielle Geberländer werden zur gleichen Zeit ökologische Nehmerländer: ... (Werbeblatt des Ökologischen Marshallplanes)

Bemerkenswert ist, wie schnell eine lange Liste von ErstunterzeichnerInnen zusammenkam. Allein diese Liste hätte für jedeN weitereN UnterzeichnerIn abschreckend genug sein müssen. Es finden sich: Jo Leinen, Johannes Rau, Oskar Lafontaine, Ernst U. von Weizsäcker, Hans-Jochen Vogel (alle SPD), Joschka Fischer (GRÜNE), Wolfgang Rauls (F.D.P.), Rainer Eppelmann, Lutz Wicke (CDU), Alfred Mechttersheimer, Junge Union, ÖDP, Betriebsrat der Commerzbank, Komitee für Gerechtigkeit (Gründung von Peter M. Diestel und Gregor Gysi) und AEG (Daimler-Benz Firma). Mit dabei auch der Vorstand des Deutschen Naturschutzringes sowie DNR-Beisitzer Flasbarth als Einzelperson.

Joschka Fischer unterstützte den Marshallplan nicht nur mit seinem Namen, sondern schickte als damaliger hessischer Umweltminister seinen Abteilungsleiter für Grundsatzfragen, Wenzel Mayer, durchs Land, um weitere UnterstützerInnen einzuwerben.<sup>28</sup>

### **Ökologische Steuerreform**

Mitte 1997 präsentierte der Deutsche Naturschutzring der Öffentlichkeit einen neuen Vorschlag für eine Steuerreform, in deren Mittelpunkt eine kontinuierlich steigende Abgabe auf den Energieverbrauch lag. Noch wenige Jahre vorher war ein solcher Vorschlag an der F.D.P. und dem BDI (Bundesverband Deutscher Industrie) gescheitert. Diesmal wollten die DNR-Strategen um die Vorstandsmitglieder Jochen Flasbarth und Armin Torbecke (inzwischen ausgeschieden) und den hauptamtlichen Sachbearbeiter Martin Rocholl<sup>29</sup> ganz sicher gehen: Die Großenergieverbraucher (Chlorchemie, die Stahl- und Aluminiumproduktion, Zementfirmen und andere) sollten deutlich weniger Steuern zahlen. Strom beim Spülen der Mehrwegflaschen wäre dann teurer als der zur Produktion von Dosen. Als offizielle Begründung wurde angegeben, daß damit ein Abwandern ins Ausland verhindert werden sollte. Worum es auch ging, wurde schnell deutlich, als die DNR-Broschüre zum Thema erschien: BAYER, Daimler-Tochter AEG, CDU-Mann Schäuble, der bayerische Landtag und andere kamen im DNR-Vorschlag zu Wort und lobten den Vorschlag. Dem DNR war das nicht peinlich, sondern zusätzlicher Ansporn. Bemerkenswert: Der DNR-Vorschlag wurde vorher allen Mitgliedsverbänden vorgelegt, d.h. auch Robin Wood, Grüne Liga, BUND, BBU<sup>30</sup> sowie viele weitere Verbände und Institute trugen das Papier offiziell mit und damit ihren Teil der Verantwortung für die schwache Gesetzgebung, die nach dem rotgrünen Wahlsieg dann verwirklicht wurde. Die Ausnahmeregelungen für die Industrie wurden 1998/99 in veränderter Form übernommen – gegenüber dem DNR-Vorschlag waren die Ausnahmen für die Industrie sogar verringert, d.h. der Umweltverbände-Vorschlag war schlechter als der Beschluß der Regierung.

### **Europapolitik**

Auf seiner Delegiertenversammlung 1997 appellierte der DNR an den Bundestag, die in Amsterdam ausgehandelten Änderungen für den EU-Vertrag im Bundestag zu ratifizieren, obwohl er sie selbst nicht für ausreichend hielt.

#### **Im Original: Auszug aus der Beschlußvorlage zur Delegiertenversammlung 1997 (S. 3)**

Im Amsterdamer Vertrag finden sich die Vorschläge des DNR nur teilweise wieder. Einigen Verbesserungen stehen zahlreiche Versäumnisse gegenüber. Eine Gesamtbewertung des neuen Vertrages ergibt jedoch, daß auch in Amsterdam wieder ein kleiner aber wichtiger Schritt in Richtung einer stärkeren europäischen Integration und der Schaffung einer Umweltunion getan wurde.

Der DNR empfiehlt deshalb dem Deutschen Bundestag, den Amsterdamer Vertrag zu ratifizieren. Er empfiehlt gleichzeitig seinen Mitgliedsverbänden, für die Ratifizierung des Vertrages zu werben.

### **Nachhaltigkeit und Agenda 21**

Thema des DNR sind auch die Debatten um die Agenda 21 und die Nachhaltigkeit. Er war in den entsprechenden Regierungsgremien immer beteiligt. So saßen alle wichtigen DNR-Funktionäre und Mitgliedsverbände im „Nationalen Komitee für nachhaltige Entwicklung“ der alten CDU/F.D.P.-Koalition. Den Vorsitz führte Umweltministerin Angela Merkel, Stellvertreter waren der Entwicklungsministeriums-Staatssekretär Klaus Hedrich und DNR-Präsident Wolfgang Engelhardt. Mit dabei sind auch: VertreterInnen der Parteien sowie mit Hans Peter Stihl und Hans-Olaf Henkel die beiden damaligen Spitzenvertreter der Deutschen In-

dustrie. Das ganze Projekt hatte keinerlei Ergebnisse und diente allein der Selbstdarstellung der Beteiligten. Unter der neuen Regierung wurde ein neues Gremium, der „Rat für Nachhaltigkeit“ geschaffen, der ähnliche Ziele verfolgte und im Frühjahr 2002 das Papier der Bundesregierung zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie unterstützte, obwohl dieses u.a. das Paket zur inneren Sicherheit (biometrische Datenerfassung, Überwachung usw.) als Beitrag zur Nachhaltigkeit vorschlug. Insgesamt sah und sieht der DNR die Agenda und die Nachhaltigkeitsdebatte als wichtiges Themenfeld und zentrale Zukunftsaufgabe an. Um sich eine neue Plattform und Arbeitsstrategie mit dem Schwerpunkt der Nachhaltigkeit zu geben, setzte der DNR 1997 eine Arbeitsgruppe ein, die ein neues Programm mit dem Namen „Aufbruch 21“ erarbeiten sollte. Koordinationsperson war DNR-Präsidiumsmitglied und SPD-Bundesabgeordneter Michael Müller. In der Arbeitsgruppen saßen zunächst sechs DNR-Präsidiumsmitglieder, zwei weitere Verbandsvertreter, sechs Wissenschaftler und drei Journalisten<sup>31</sup>. Es gab keine BasisgruppenvertreterInnen und nur eine Frau im Gremium. Das Durchschnittseinkommen der beteiligten Personen lag sehr hoch. Dennoch behauptete Michael Müller, die Arbeitsgruppe würde sich gerade der Verbindung sozialer und ökologischer Fragen widmen.<sup>32</sup> Als wesentliche Grundlage stellte Müller auf der DNR-Delegiertenversammlung 1997 die Agenda 21 und die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ dar. Der eng gefaßte Zeitplan, die Anwesenheit von Journalisten und anderen Prominenten, die Abwehr von Kritik und die Nichtbeteiligung radikalerer oder Basisgruppen zeigte, daß es gar nicht um eine neue Plattform, sondern um ein Imagepapier ging, das rechtzeitig vor der Wahl den rot-grünen Wahlkampf unterstützen sollte. Die beiden Personen, die jeweils von SPD und von den Grünen aus im kommenden Bundestag die Umweltpositionen weiterbearbeiten sollten, saßen in der Arbeitsgruppe<sup>33</sup>, weitere SPD- und Grünen-Mitglieder oder -Sympathisanten drumherum. Die Aussagen in den vorbereitenden Papieren und dann im Abschlußpapier zeigten, daß der DNR die staats- und marktnahe Orientierung der Nachhaltigkeitsdebatte voll übernahm, vorantrieb und damit auch eine Fixierung auf eine Modernisierungs- und Beratungsarbeit in Richtung Regierungen und Konzernen zur Grundlage gewählt hatte.

**Im Original: Auszug aus einem Thesenpapier des DNR-Präsidiums zur Rolle des DNR vom 1.9.1997**

Die Vorschläge des Erdgipfels sind gleichsam ein „dritter Weg“ zwischen Staat und Markt. ... „Zukunftsfähiges Deutschland“, „AGENDA 21“, „Nationaler Umweltplan“ – das sind Konzepte der Hoffnung auf mehr Lebensqualität in der Zukunft. ... Ungewöhnliche Zeiten verlangen ungewöhnliche Antworten. Die mutige Vision für ein ehrgeiziges Projekt, wie es in Rio definiert wurde. Wir verstehen uns als Anwälte der Idee einer neuen planetarischen Ethik. Sie ist die Basis für Fortschritt, Demokratie und Wohlstand im 21. Jahrhundert. Dazu gibt es keine Alternative.

**Auszüge aus dem Ankündigungspapier zum Papier „Aufbruch 21“ im Deutschland-Rundbrief 1/98 (S. 22-23)**

... An der gesellschaftlichen Basis wächst das Interesse an der Konkretisierung und Umsetzung der Agenda 21 – vor allem in Kommunen und in wichtigen gesellschaftlichen Gruppen. Hier eröffnen sich neue Chancen. ... Europa muß entscheiden, ob es zukünftig nur eine Mitläuferrolle in der Welt spielen will, oder ob es Vorreiter für ein neues solidarisches Weltmodell wird. ... Die Leitidee der „Zukunftsfähigkeit“ ist die wichtigste Antwort auf die erneute Entfesselung des Kapitalismus im globalen Zeitalter. Sie hat ihre Wurzeln einerseits in den Konzepten, die von Europäern für die Vereinten Nationen erarbeitet wurden (... Olof Palme ... Willy Brandt ... Gro Harlem Brundtland) und andererseits in den Wendekonzepten der Umweltbewegung.

... Zeitplan... Der Öffentlichkeit vorgestellt werden kann es dann Anfang September 1998.<sup>34</sup>

**Auszüge aus dem vorbereitenden Papier „Thesen zur Situation der Umweltbewegung und zur Rolle des Deutschen Naturschutzrings“ (DNR-Präsidium am 1.9.1997)**

Die Umweltbewegung muß sich als gesellschaftliche Reformbewegung verstehen. Sie kämpft um die Mehrheitsfähigkeit des ökologischen Zukunftsmodells. ... Die Umweltbewegung hat angesichts des gro-

Ben Problemstaus in unserer Gesellschaft eine Verantwortung, die weit über die Umweltpolitik hinausgeht. ... Wir verstehen uns als Anwälte der Idee einer neuen planetarischen Ethik. Sie ist die Basis für Fortschritt, Demokratie und Wohlstand im 21. Jahrhundert. Dazu gibt es keine Alternative. Deshalb werden wir uns nicht nur in umweltpolitischen, sondern auch in gesellschaftspolitischen Fragen verstärkt einmischen.

#### **Auszüge aus dem Papier „Aufbruch 21“**

... der Erdgipfel von Rio die Notwendigkeit einer neuen planetarischen Ethik eindrucksvoll belegt ... Wir zeigen mit unserem Manifest die Konturen einer neuen Qualität von Fortschritt auf: ein zukunftsfähiges Deutschland in einem zukunftsfähigen Europa. ...

Bisherige Grundlagen für sozialen Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt brechen weg: ... der Nationalstaat, der den Rahmen für die Handlungsfähigkeit der Demokratie gesetzt hat, wird durch die Globalisierung geschwächt. ...

Alarmierende Trends: ... Der Zuwachs der Weltbevölkerung wird auf 8,5 Milliarden Menschen bis zum Jahr 2025 prognostiziert. Nach Auffassung der Vereinten Nationen müßte sich das Volumen der Weltwirtschaft in den nächsten 50 Jahren mindestens verfünffachen, um Grundbedürfnisse und bescheidene Ansprüche aller Menschen zu erfüllen. Das hätte katastrophale ökologische Folgen. ...

Die Hoffnung von Rio ... Der Erdgipfel war ein hoffnungsvolles Zeichen gegen den weltweiten Kapitalismus pur. ... die Lokale Agenda 21 oder die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ zeigen, welche großen Möglichkeiten und Chancen unser Land hat. ... Reform der Weltwirtschaft ... Ohne soziale und ökologische Standards in Weltbank, Internationalem Währungsfond und Welthandel kann es keine nachhaltige Entwicklung geben. ... schnellstmöglicher Ausstieg aus der Atomkraft ...

Mehr soziale und ökologische Sicherheit erfordert eine effiziente und leistungsfähige Wirtschaftsstruktur. ... Preise müssen die entscheidende Lenkungsfunction auf den Märkten zur Internalisierung der wahren Kosten einnehmen. ... Die politischen Rahmensetzungen müssen funktionsfähige Märkte sichern, den Wettbewerb organisieren ...

Die Nähe zu rotgrünen Regierungen der großen Umweltverbände und des DNR ist unübersehbar. Zur Bundestagswahl 1998 agierten sie offensiv in der Öffentlichkeit für einen Machtwechsel. Zwar mußte die Ökosteuernkampagne, die die Umweltverbände punktgenau mit Geldern der grünen Heinrich-Böll-Stiftung durchführen sollten, abgebrochen werden, nachdem die Debatte um 5 DM pro Liter Benzin die Grünen in Mißkredit brachte, aber die Verbände bemühten sich dennoch ständig. In der Gruppe zum Papier „Aufbruch 21“ saßen mit Reinhard Loske (Grüne) und Michael Müller (SPD) die führenden Umweltpolitiker der beiden Parteien. Der „Öko-Parteientest“ des DNR trug den Titel: „Bündnis 90/Die Grünen klarer Sieger – Regierungsparteien schneiden schlecht ab“.<sup>35</sup> Zurückhaltend positionierte sich der DNR auch später zum sog. Atomausstiegsgesetz der neuen Regierung, das in der Anti-Atom-Bewegung auf grundlegende Kritik stieß.

#### **Im Original: Auszug aus einer Pressemitteilung des DNR, 11.6.2001<sup>36</sup>**

Positiv sei, dass erstmals ein Industriestaat verbindlich sich von der unbeherrschbaren Atomenergie verabschiedet.

Die Unterschiede in der Regierungsnähe ließen sich gut erkennen, als der grüne Umweltminister im Januar 2001 zu einem Treffen im Vorwege des geplanten Castor-Transportes ins Wendland einlud. Während BUND, Greenpeace und die BI Lüchow-Dannenberg ablehnten, nahmen DNR, Nabu und Grüne Liga den Termin wahr.<sup>37</sup> In einer Pressemitteilung vom 20.2.2001 regte der DNR einen Runden Tisch zur Atompolitik an – und forderte damit etwas, was die Anti-Atom-Bewegung immer ablehnte, weil es nach ihrer Meinung nichts zu verhandeln gäbe, solange nicht der Beschluß zur sofortigen Abschaltung gefallen sei.<sup>38</sup>

### 3.3.2 Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (AGU)

Ebenfalls als Dachverband organisiert ist die AGU. Ihre Aufgabe war, den direkten Austausch aller am Thema Umweltschutz interessierten Verbände, Konzerne und Regierungsstellen zu organisieren. Mitmachen konnte aber nur, wer Mitglied wurde – und das kostet vor allem erstmal einiges Geld. BIs und Netzwerke haben keine Chance, womit der radikalere Teil der Umweltschutzbewegung außen vor blieb.<sup>39</sup> Doch selbst ihr Mitmachen würde wenig helfen. RegierungsvertreterInnen, Konzerne, Gewerkschaften usw. haben gegenüber den UmweltschützerInnen eine eindeutige Mehrheit. Finanziell ist die AGU völlig vom Staat abhängig, sie erhält den Großteil der Mittel als institutionellen Zuschuß des Bundesumweltministeriums. Gesprächsprotokolle der vergangenen Treffen zeigten, daß sich die Umweltverbände sehr anbiedernd gegenüber der Regierung verhielten.

**Im Original: Auszug aus dem Wortprotokoll der AGU vom 7.10.1986 mit Redebeitrag des DNR-Präsidenten Wolfgang Engelhardt**

... der technisch-hygienische Umweltschutz in den letzten 25 Jahren große Anstrengungen gemacht hat, wobei – das ist unbestreitbar – in Teilbereichen auch beachtliche Erfolge erzielt worden sind ...

**Auszug aus dem Wortprotokoll der AGU vom 15.9.1987 (S. 50) mit Redebeitrag des DNR-Geschäftsführers Helmut Röscheisen**

Röscheisen: Herr Minister Töpfer, ich finde es eigentlich ein bißchen bedauerlich, daß bei Ihrer Aufzählung der insgesamt überzeugenden Schwerpunktmaßnahmen das entscheidende Instrument der vorausschauenden Umweltpolitik, nämlich die wirksame Umweltverträglichkeitsprüfung, nur mit einem einzigen Sätzchen erwähnt wurde.

**Gerd Billen, Geschäftsführer des Naturschutzbundes Deutschland, am 24.9.97 in einer internen Sitzung der AGU zu Ministerin Angela Merkel<sup>40</sup>**

Zunächst einmal möchte ich mich für Ihr Engagement in Sachen Klimaschutz bedanken, Frau Merkel. Ich glaube – auch nach dem, was mir Kollegen über Ihr Auftreten sagen, daß wir mit Ihnen im Bereich der ökologischen Außenpolitik derzeit einen Glücksfall haben.

Bis Mitte der 90er Jahre hatten die AGU und ihre Arbeitskreise eine große Bedeutung für die Kontakte zwischen Regierungen, Konzernen und Umweltverbänden. So koordinierte der Verband 1987 das Europäische Umweltjahr in Deutschland. Die VerbandsfunktionärInnen stritten sich um die für sie offenen Plätze an den Tischen der AGU. Mit der Ausdehnung von Konsens-Kreisen und der Nachhaltigkeitsdebatte geriet die AGU aber Stück für Stück in den Hintergrund, weil neue Gremien die Funktionen übernahmen.

Die AGU selbst war in viele Arbeitskreise aufgespalten, in denen aktuelle Fragen, vor allem neue Vorhaben der Bundesregierung (Gesetzesänderungen usw.) diskutiert wurden. Laut Protokollen und Berichten aus den Sitzungen kam es zu keiner echten Debatte. Nach Rede-Liste und meist ohne Diskussion nahmen die VertreterInnen aus ihrer Sicht Stellung. Teilweise erfolgten Abstimmungen, jedoch ohne bindende Wirkung. Für die Bundesregierung bot die AGU mit ihren Arbeitskreisen die einmalige Chance, im Vorfeld die Reaktion der Umweltorganisationen und Firmen auf ihre Pläne auszutesten. So konnten sie ihre Vorhaben bzw. die Umsetzungs- und Öffentlichkeitsarbeitsstrategie darauf einstellen. Die UmweltschützerInnen erhielten im Gegenzug Informationen über Vorhaben (wobei anzunehmen ist, daß die RegierungsvertreterInnen nur selten mit offenen Karten spielten). Insgesamt war die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen einer der Orte, an denen die Mitte der 90er Jahre entstandenen Bündnisse zwischen Umweltverbänden und Politik bzw. Industrie geschmiedet wurden. Nur mit den Millionenbeträgen, die inzwischen aus den Kassen der Konzerne und des Staates in die Verbände fließen, ist erklärbar, warum sich die Umweltverbände so nach den Gremienposten sehnten – obwohl es für die Sache der Umwelt eher Gefahren

barg. Etliche Male kam es sogar zu Streit zwischen den Verbänden, wer die den UmweltschützerInnen offenstehenden Plätze besetzen durfte und wer wie abstimmen sollte.

Daß die Umweltorganisationen dafür, daß sie der Bundesregierung ihre Positionen vor der öffentlichen Auseinandersetzung (falls diese dann überhaupt noch geführt wird) ihre Positionen verraten, auch noch einen hohen Mitgliedsbeitrag bezahlen, mutet schon merkwürdig an. Der Kontakt zu Wirtschaft und Politik schien sehr wichtig zu sein.<sup>41</sup> Die AGU war Schrittmacherin für die inzwischen viel weitergehenden Debatten bis hin zu Regierungsformen der „Governance“, die ein gemeinsames Regieren von Regierungen, Wirtschaft und NGOs vorsehen – weit ab von einer Beteiligung der Menschen, also partizipativen Formen der Demokratie.

Durch die bürokratische Struktur und die Mehrheitsverhältnisse war die AGU eine weitgehend handlungsunfähige Organisation, von der außer der Annäherung zwischen NGOs, Staat und Wirtschaft keinerlei Impulse für den Umweltschutz ausgehen. Schon die Vorbereitung der Treffen zeigte, daß Überraschungen nicht gewollt und in diesem Rahmen auch nicht möglich waren.

**Im Original: Auszug aus der Einladung zur AGU-Mitgliederversammlung am 24.9.1997**

... 4. Fragestunde: Das Instrument der Fragestunde ist fester Bestandteil der Mitgliedergespräche. Zur Vorbereitung des Dialogs bitte ich Sie, Fragen von allgemeinem Interesse, die in den Verantwortungs- und Aufgabenbereich der in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen gesellschaftlichen Gruppen fallen, und die nicht durch das Schwerpunktthema abgedeckt werden, der Geschäftsführung bis zum 12. September 1997 zur Verfügung zu stellen.

Ende 1997 wurden in der AGU Reformvorschläge der Bundesregierung diskutiert, nach denen zukünftig professionelle Moderationsmethoden eingesetzt sowie die Fach-Arbeitskreise aufgelöst und durch die von Ministerin Angela Merkel geschaffenen Nachhaltigkeits-Arbeitskreise ersetzt werden sollten. Einzelne Umweltverbände protestierten gegen die Vorschläge.<sup>42</sup> Die AGU fand zudem ein ein neues Schwerpunktprojekt und gründete ein Institut, um Mediationen als Konfliktbearbeitungstechnik voranzutreiben – auch das ein Zeichen, daß die AGU ihre Aufgabe im Abbau von Konflikten sah, nicht in der Formulierung politischer Ziele. Dieses Institut ist inzwischen Hauptaktivität, während die frühere Bedeutung als Ort der Begegnung stark zurückging angesichts von vielen Runden Tischen und Kommissionen im Rahmen von Agenda 21 und nationaler Nachhaltigkeit.

### **3.3.3 Dachverbände zu bestimmten Zwecken**

Für etliche Anlässe haben die großen Verbände gesonderte Bündnisse gegründet. Dabei ist immer die Form des Dachverbandes<sup>43</sup> gewählt worden, da diese den großen Umweltverbänden einen direkten Einfluß sichert. Kleinere oder weniger organisierte Gruppen haben in einem solchen Organisationsmodell nur eine Randrolle oder können wegen der Aufnahmekriterien (Anforderungen an Mindestmitgliederzahl, Beitragshöhe usw.) gar nicht mitmachen.

Ein solcher Zweckverband war der Deutsche Umwelttag e.V. (Beitragshöhe: 40.000 DM). Auch das Europäische Umweltbüro, eine Gemeinschaftsvertretung der großen Verbände, gehört zu solchen Konstruktionen. Bei internationalen Vereinigungen übernimmt der Deutsche Naturschutzring die gemeinschaftliche Vertretung seiner Mitgliedsverbände. Nicht-DNR-Gruppen bleiben dann außen vor.<sup>44</sup>

Eine besondere Bedeutung hat noch das Forum Umwelt & Entwicklung, ein Dachverband von Umwelt- und Entwicklungsverbänden sowie regierungsnahen Stellen mit dem Ziel, den Rio-Nachfolgeprozeß in Deutschland voranzubringen. Das Forum wird vor allem durch Zuweisungen der Bundesregierung finanziert, die über den DNR zweckgebunden für diese Arbeit ausgeschüttet werden.<sup>45</sup> Eine politische Linie des Forum U&E war lange nicht zu erkennen. Die Verbände maßen ihm geringe Bedeutung zu und profilierten sich in der Öffentlichkeit lieber selbst. Kleinere Gruppen nutzten daher Mitte der 90er Jahre die Lücke, um bundesweite Aufmerksamkeit zu erringen. Das brachte auch antiemanzipatorische Ziele ein, z.B. über den um Rudolf Bahro aktiven Mitgliedsverein N.E.P.A.L., der für das Forum ein Symposium zu alternativen Lebensprojekten organisierte, auf dem ökofaschistische und sexistische Gruppen (ZEGG, LebensGut Pommritz) sowie EXPO-Projekte als Modellprojekte für eine nachhaltige Zukunft auftreten sollten (es fiel allerdings wegen TeilnehmerInnenmangel aus).<sup>46</sup> 1997 gab das Forum zusammen mit dem Netzwerk Zukunft e.V.<sup>47</sup> eine Ausgabe der Zeitung „Zukünfte“ heraus, an der ebenfalls eine ZEGGlerin mitwirkte. Ende der 90er Jahre änderte sich die Politik und Bedeutung des Forums. Es übernahm Koordinierungsfunktionen bei Kampagnen zur Nachhaltigkeit und zu speziellen Umweltprojekten der UNO, z.B. im Klima- oder Grundwasserschutz. Insgesamt blieb das Forum staatsnah und vertrat die aktuelle Mainstream-Nachhaltigkeitsposition, daher verwundert die Mitgliedschaft nachhaltigkeitskritischer Gruppen wie z.B. dem BUKO, der Bundeskoordination Internationalismus.<sup>48</sup> Bei näherer Beobachtung zeigt sich aber, daß diese Zweispältigkeit Methode ist. So wie die staatsnahen NGOs in der Öffentlichkeit die Unabhängigkeit vom Staat vortäuschen, tatsächlich sich aber stark anbieten, agieren Verbände wie der BUKO in Bezug auf die NGOs. Sie bauen gezielt ein kritisches Image auf, ohne wirklich Distanz zu wollen, d.h. sie kritisieren NGOs und Anbieter öffentlich, wenn auch zurückhaltend, mischen aber gleichzeitig mit oder lassen sich von NGOs Zugänge zu Finanzquellen und Informationen verschaffen. Sie verhindern damit ebenso eine klare NGO-Kritik wie die NGOs eine klare Kritik an Staat und Markt verhindern.

### **3.3.4 Landesweite Dachorganisationen**

Nur in wenigen Bundesländern haben sich die Umweltverbände bzw. ein wesentlicher Teil von ihnen zu landesweiten Dachverbänden zusammengeschlossen. Meist geschah das auf Initiative und sanften Druck der jeweiligen Landesregierung und war verbunden mit finanziellen oder materiellen Unterstützungen. Die Abneigung der Verbände gegen Kooperationen mit anderen UmweltschützerInnen<sup>49</sup> rührt aus der eigenen Profilierungssucht. Alles, was über einen Dachverband läuft, kann nicht mehr der eigenen Außendarstellung dienen. Daher gelingen gemeinsame Pressemitteilungen oder ähnliches, in denen die Verbandsnamen nebeneinander stehen, eher als gemeinsame Projekte oder gar ein Zusammenschluß, bei denen die Einzelverbände in den Hintergrund treten.

Ist jedoch der materielle Nutzen (Geld, Personal) hoch und an die Bildung eines Dachverbandes gekoppelt, so lassen sich die sonst auf Verbandsgrenzen bedachten Organisationen zusammenbringen. Zweck ist in vielen Ländern die Koordinierung der Stellungnahmen zu Planungen (Mitwirkung nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz). Die Landesregierung zahlt die Zuschüsse für Büroraum und hauptamtliche Kräfte, wenn diese die Stellungnahmen der Verbände bündeln. Für die Regierung zahlt sich solches auch aus: Aus mehreren, potentiell kritischen Beteiligten wird eine einzige Stelle – und die ist zudem finanziell abhängig. Inso-

fern dient das Verfahren von Seiten der Regierungen auch der Förderung staatsnaher Organisationsstrukturen in den Verbänden. Unabhängige Stimmen haben kaum noch eine Chance, weil die Umweltverbände mit einer (von Staat finanzierten!) Stimme reden. Wenn daneben noch Einzelpersonen, Projektgruppen oder Bürgerinitiativen abweichende Stellungnahmen einbringen, haben sie kaum eine Chance, Gehör zu finden.<sup>50</sup>

Beispiele für Dachverbände:

- Landesnaturschutzverbände wie in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, bei letzterem sind die großen Verbände wieder ausgetreten wegen interner Streitigkeiten und dem Streben nach eigener Profilierung der Einzelverbände.
- Naturschutzzentren und -akademien, die neben ihrer eigentlichen Aufgabe auch noch wesentliche Koordinationsaufgaben der Verbände untereinander bzw. zwischen ihnen und dem Staat haben. So ist z.B. das Naturschutzzentrum Hessen Koordinationsstelle für den Jugendbereich im Naturschutz (es gibt keine selbstorganisierte Zusammenarbeit der Jugendumweltorganisationen in Hessen!), in der Umweltbildung und bei vielen Einzelprojekten, zudem hat das NZH eine entscheidende Stimme bei der Vergabe von Zuschüssen und FÖJ-Stellen an Gruppen.<sup>51</sup>

In den 80er Jahren war die Bildung von Dachverbänden stark vorangetrieben worden. Allerdings standen die großen Verbände diesen Entwicklungen skeptisch gegenüber oder stiegen wieder aus, um sich als Einzelverband stärker profilieren zu können (z.B. in Schleswig-Holstein).

**Im Original: Auszug aus QUEM, 1997, „Gesellschaftliche Tätigkeit im Wandel“, Berlin (S. 26)**

Ansätze zur Bildung von Netzwerken, wie z.B. von Landesarbeitsgemeinschaften Naturschutz, wurden in den 80er Jahren durch die Profilierung von Großverbänden, namentlich des BUND und des NABU (damals noch: Deutscher Bund für Vogelschutz), verdrängt. Dabei kam es auch zu Erscheinungen von „Verbandskonkurrenz“, die bis heute zu beobachten sind.

### Quellen zu 3.3

- 1 „natur“ 6/83, S. 36-39. Zudem ist für dieses Kapitel das DNR-Archiv (Standort: Studienarchiv Arbeiterkultur und Ökologie in Baunatal) ausgewertet worden. Zur Geschichte siehe Entwurf eines **Strategiepapieres „Der Deutsche Naturschutzring in den 70er Jahren“ vom 1.9.1971**.
- 2 Das gilt auch umgekehrt. In Anti-Atom-Zusammenhängen ist sogar der Name des DNR völlig unbekannt.
- 3 „natur“ 6/83, S. 36-39. Zwischen Jagdverband und DNR gibt es unterschiedliche Beschreibungen, ob es zu einem Austritt oder einem Ausschluß gekommen ist. Der BUND-Vorstand beschloß zwar den Austritt aus dem DNR, im Gesamtverband war dieser Schritt aber sehr umstritten.
- 4 „natur“ 2/87, S. 15.
- 5 Inzwischen ist Leif Miller Hauptamtlicher beim NABU-Büro Berlin und stellvertretender Vize-Präsident im DNR, allerdings nicht mehr im Bundesvorstand der Grünen Liga.
- 6 **Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, 1996, „Umweltgutachten 1996“**, Metzler-Poeschel, Stuttgart (S. 237, Ziffer 655).
- 7 Der DJN ist ein Jugendverband ohne Erwachsenenverband, also auch ohne verbandsbezogene, aber durchaus auf Staatsposten schielende KarrieristInnen. Schwerpunkt ist die Naturkundearbeit, traditionell legt der Verein Wert auf Unabhängigkeit.
- 8 Informationen entnommen aus der Einladung mit Programmablauf. Grüne-Liga-Sprecher Leif Miller regte sich auf der DNR-Mitgliederversammlung über die Kritik an seiner Teilnahme stark auf.
- 9 Redemanuskript als **Presseinformation der Bundesregierung am 4.11.1997** (Nr. 396/97).
- 10 Pressemitteilung des DNR, ohne Datum per Mail.
- 11 Das war Wolfgang Engelhardt selbst.
- 12 Vorstandsliste und Personenbeschreibungen im Leistungsbericht 1997 des DNR. Aktuell: [www.dnr.de](http://www.dnr.de).
- 13 In einer Aufforderung zur erneuten Kandidatur bezeichnete BUND-Chef Weinzierl Prof. Engelhardt als den einzigen Umweltschützer in Deutschland, den die Bundesregierung im Kuratorium der DBU akzeptieren würde.
- 14 „natur“ 6/83, S. 38.
- 15 **Oliver Geden, 1996, „Rechte Ökologie“**, Elefantpress, Berlin (S. 188).
- 16 Dabei geht es nach den Beobachtungen auf Mitgliederversammlungen nicht um unterschiedliche politische Positionen, denn solche sind zwischen den beiden Gruppen kaum erkennbar (radikale Umweltschutzkreise gibt es im DNR nicht).

- Vielmehr scheint das öffentliche Image und die Karriere im DNR angesichts der überalterten Spitze im Mittelpunkt des Interesses. Interessant ist die „Seilschaft“ der Öko-Modernisierer – die **FR** unterstützte am 8.8.2000 in einem Artikel offen den Kandidaten der jüngeren, anbiedernden Vorstandsmitglieder, Manfred Niekisch.
- 17 Mündliche Mitteilungen aus Grüne-Liga-Landesverbänden.
  - 18 Der DNR hat nach öffentlicher Kritik an seiner Teilnahme an der Expo dementiert, daß er Resch in den Beirat entsandt hatte – Schriftstücke belegen dies jedoch, z.B. den **Brief des DNR-Geschäftsführers** am 15.10.1996 an den niedersächsischen BUND.
  - 19 **Mail von Michael Ganschow**, Grüne Liga Brandenburg, vom 1.10.96.
  - 20 Müller plante damit wie andere DNR-Funktionäre eine Unterstützung für SPD und Grüne. Gleiches gilt für die Kampagne zur Ökologischen Steuerreform, die ebenfalls im Wahljahr aufgezogen wird. Teilweise gesponsort wurde sie von Ernst-Ulrich von Weizsäcker, der ebenfalls für die SPD auf der Bundestagsliste kandidierte. Ebenso stand auch der Projektleiter der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ auf einem vorderen Listenplatz – bei den Grünen. Die „zukunftsfähige“ Seilschaft sitzt seit 1998 in den Regierungsfractionen im Bundestag.
  - 21 Quelle: [www.dnr.de](http://www.dnr.de), 8.3.2002. Anfangs (Mitte der 90er Jahre) war die Jugendvertretung eine Kungelrunde einiger Leute aus sich etablierenden unabhängigen Jugendumweltprojekten wie den Umweltwerkstätten in Verden und Göttingen mit wenigen VerbandsfunktionärInnen der BUND- und Naturschutzjugend. Eine Basisanbindung hatte sie auch nie angestrebt. Der erste Jugendvertreter war Armin Torbecke, der als ehemaliger Aktivist der unabhängigen Jugendumweltbewegung an zentraler Stelle die Reintegration der Jugendarbeit in die etablierten Verbände einleitete. Danach wurden, auch ein Ergebnis der angepaßten Haltung von Armin Torbecke und Umfeld, nur noch JugendverbandsfunktionärInnen in den DNR-Vorstand berufen – eingefädelt von den großen Jugendumweltorganisationen, die die nicht in Verbänden organisierte „Jugendvertretung“ als Konkurrenz ansahen.
  - 22 So ging es 1996 dem Ex-Jugendumwelt-Aktivisten Armin Torbecke und dem BBU-Vorstandsmitglied Wolfgang Guhle, der schon vor dem Eintritt des BBU in den DNR, für den er sich maßgeblich eingesetzt hatte, seine Kandidatur für den Vorstand vorbereitete, allerdings scheiterte (siehe Beitrittsschreiben des BBU). Inzwischen ist Guhle allerdings regelmäßig bei den Auftritten der Vorsitzenden der wichtigen DNR-Verbände dabei, wenn auch weiterhin nicht im DNR-Präsidium.
  - 23 Im **Protokoll der Mitgliederversammlung 1992** findet sich der Hinweis, daß der vorgelegte Haushaltsplan mit dem zuständigen Ressort im Ministerium abgestimmt sei.
  - 24 **Haushaltsabschlüsse für 1968-70** im Entwurf eines Strategiepapiers. Auswertung der **Haushaltsentwürfe für 1990, 1991, 1992, 1995, 1996, 1997 und 1998 sowie Bericht von 1990, 1995 und 1996**.
  - 25 Mündliche Mitteilung im Juli 1997.
  - 26 Besonders deutlich wurde das in der Kampagne zur ökologischen Steuerreform, wo das Nachgeben gegenüber der Industrie (Ausnahmeregelungen für Großenergieverbraucher) auf der DNR-Mitgliederversammlung 1997 als richtiger Schritt bezeichnet wurde. In mehreren Veröffentlichungen und Redebeiträgen sehen DNR-Funktionäre ihren Verband eher als Vermittler denn als Interessenvertreter für den Umweltschutz.
  - 27 Der Deutsche Umwelttag war das erste Großereignis mit intensiver Umarmung von den sich zu NGOs wandelnden PolitakteurInnen, dem Staat und der Wirtschaft. Die vorgestellten Konzepte stärkten die Marktlogik und das Ordnungsrecht, schwächten aber die Menschen. Ökologische und soziale Politik hatte sich von den Menschen gelöst. Aus dieser grundsätzliche Veränderung politischer Strategien heraus ist der DUT ein wichtiges historisches Ereignis – ein exaktes Kapitel findet sich im Buch „Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz“ des IKO-Verlages und unter [www.projektwerkstatt.de/boekofilz](http://www.projektwerkstatt.de/boekofilz).
  - 28 **Öko-Mitteilungen 43/1995**, S. 10.
  - 29 Martin Rocholl war nicht immer auf wirtschafts- und DNR-freundlichem Kurs. 1993 war einer der Organisatoren des Auftakt-Umweltfestivals, auf dem radikalere Positionen verwirklicht werden sollten (siehe Kap. 3.6).
  - 30 Der BBU schickte im Sommer 1997 einen Brief an den DNR mit der Bitte, den strittigen Absatz neu zu diskutieren. DNR-Projektleiter Martin Rocholl lehnte das ab. Etliche DNR-Mitgliedsgruppen wurden im Frühjahr angeschrieben und auf die Folgen der Ausnahmeregelung hingewiesen. Keine Gruppe reagierte gegenüber dem DNR, d.h. sie trugen spätestens ab dem Zeitpunkt auch wissentlich die Formulierung mit. Einige Verbände gaben aber zu, das Papier selbst nie gelesen zu haben.
  - 31 Die Journalisten waren leitende Redakteure von der Zeit, der taz und der FR. Taz-Redakteur Tenhagen und FR-Mann Wille sind bekannt als Anhänger von rot-grün.
  - 32 Kritik an der Zusammensetzung und Vorgehensweise der Arbeitsgruppe wehrte Michael Müller barsch ab und nannte die Kritikpunkte „Unterstellung“ und „investigativ“ (**Fax vom 5.2.1998**). Dennoch wurde die Arbeitsgruppenszusammensetzung später stark geändert – am Ende dominierten die VerbandschefInnen und weitere SpitzenfunktionärInnen des Umweltschutzes, z.B. der Umweltbeauftragte der evang. Kirche sowie einiger Universitätsprofessoren. Die Zahl der Frauen stieg auf drei von 21 Personen.
  - 33 Für die SPD: Michael Müller. Für die Grünen: Reinhard Loske.
  - 34 Direkt danach war die Bundestagswahl.
  - 35 **Pressemittteilung 33/98 vom 24. August**, also direkt vor der Wahl.
  - 36 In den ersten Absätzen werden Kritikpunkte am Ausstiegsgesetz benannt.
  - 37 Vor allem der ehemalige Grüne-Liga-Bundessprecher Leif Miller, der es inzwischen zum stellvertretenden DNR-Präsidenten gebracht hat und in hauptamtlicher Funktion beim NABU-Bundesverband arbeitet, forcierte solche Kontakte und nahm selbst teil. Quellen: Presstexte, z.B. **Financial Times Deutschland, SZ und RheinPost vom 21.2.2001**.
  - 38 Auch hier agierte wieder Grüne-Liga-, Nabu- und DNR-Funktionär Leif Miller. Sein Verhalten wurde u.a. von Roland Schnell aus der Grüne-Liga-Geschäftsstelle in Berlin unterstützt (**Mail vom 25.2.2001**).
  - 39 Der zentrale Hauptausschuß liest sich wie ein „Who is Who“ des Umweltschutzes. Hier treffen die SpitzenfunktionärInnen der Umweltverbände, Parteien und anderer Organisationen aufeinander.

- 40 Nachzulesen im Wortprotokoll (S. 28). Bemerkenswert ist, wie genau die gleiche Person nach außen den Eindruck eines kritischen Naturschutzverbandes zu wahren versucht. Pressemitteilung der dpa vom 29.1.1998: „... 'Die schlimmsten Verbrecher in Sachen Naturschutz sitzen in der Bundesregierung', sagte Nabu-Geschäftsführer Gerd Billen am Donnerstag vor Journalisten ...“.
- 41 Mündliche Mitteilungen von AGU-Mitwirkenden.
- 42 Vorschlag des AGU-Vorstandes zur Reform des Verbandes: **„Eckpunkte zur Weiterentwicklung der AGU“** (vom 29.8.1997) und **Kritikpapier des BBU vom 15.9.1997**, eingebracht über den DNR.
- 43 Dachverband bedeutet einen formalen Zusammenschluß von Gruppen und Verbänden mit Entscheidungsgremien. Der Gegensatz ist das Netzwerk, das nur solange und soweit existiert, wie Initiativen von unten kommen, weil keine kontinuierlichen übergeordneten Gremien, Geschäftsstellen usw. existieren. Nach dieser Definition sind die meisten Organisationen, die sich (imagerträchtig!) Netzwerk nennen, tatsächlich Verbände.
- 44 Ausnahme ist immer Greenpeace, das nicht Mitglied im DNR ist, aber aufgrund der eigenen Möglichkeiten auch international agieren kann.
- 45 Siehe Selbstdarstellung im Anhang aktueller Broschüren des Forum U&E.
- 46 **Pressemitteilung (ohne Datum)** und Programm des Forum U&E zum Symposium am 20.9.1997.
- 47 Dieses Netzwerk war und ist ein Zusammenschluß verschiedener AnsprechpartnerInnen in Städten, die zentralen Tätigkeiten üben aber nur wenige Institutionen und Personen aus, die für ihre Nähe zu esoterischen oder rechten Positionen bekannt sind, z.B. der im Berliner Haus der Demokratie aktive Erhard O. Müller.
- 48 Weder BUKO-Geschäftsstelle noch der nachhaltigkeitskritische BUKO-AK „Schwertfisch“ reagierten auf die Nachfrage nach dem Sinn der Mitgliedschaft.
- 49 Mit Nicht-UmweltschützerInnen (Industrie, Staat usw.) bestehen dagegen meist intensive Beziehungen.
- 50 Beispiel: Gegen den Bau eines Golfplatzes in Winnerod (Kreis Gießen) wandte sich eine Bürgerinitiative. Die anerkannten Naturschutzverbände sprachen sich aber für den Bau aus (nach mündlicher Mitteilung des örtlichen Vorsitzenden sogar gegen den Widerstand der Verbandsgruppe vor Ort). Da die BI selbst nie beteiligt wurde, blieb die Zustimmung als einziges Votum von Naturschutzseite im Verfahren.
- 51 Das NZH bezeichnet sich selbst als Dachverband der Naturschutzverbände. Das ist eine glatte Lüge. Tatsächlich haben das Land und Kommunen zusammen mit Naturnutzerverbänden eine satte Mehrheit. Die wichtigsten Angestellten einschließlich des Geschäftsführer sind Beamte der Landesregierung. Die Naturschutzverbände kritisieren das nicht, weil auch ihre Förderungen vom Wohlwollen des NZH abhängig sind. FÖJ = Freiwilliges ökologisches Jahr.